Niederschrift

über die 18. Sitzung der Gemeindeversammlung Witsum am Montag, dem 05.12.2016, im Trauzimmer im Amtsgebäude.

Anwesend sind:

Dauer der Sitzung: 20:00 Uhr - 21:52 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Levke Brodersen

Herr Cornelius Daniels

Bürgermeister

Frau Inka Kluge

Herr Wolfgang Kluge

Frau Kirsten Ohlsen-Rörden

Herr Arne Rörden

Herr Olaf Rörden

1. stellv. Bürgermeister

Herr Dr. Berthold Rutz

Frau Maren Wennholz-Daniels

von der Verwaltung

Frau Renate Gehrman

Herr Ulrich Schmidt

Herr Hauke Stammer

Frau Katharina Strödel

Entschuldigt fehlen:

Tagesordnung:

- 1 . Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 . Anträge zur Tagesordnung
- 3 . Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung von Tagesordnungspunkten
- 4 . Einwendungen gegen die Niederschrift über die 17. Sitzung (öffentlicher Teil)
- 5 . Bericht des Bürgermeisters
- 6 . 1. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Gemeinde Witsum
Vorlage: Wit/000077
- 7 . Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand - Optionsmöglichkeit bis 31. Dezember 2016
Vorlage: Wit/000075
- 8 . Beratung und Beschlussfassung über den Erlass der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2017 der Gemeinde Witsum
Vorlage: Wit/000076
- 9 . Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2 für das Gebiet nördlich der Traumstraße sowie Heidsandschier hier: Antrag von Herrn Wolfgang Kluge vom 02.11.2016
- 10 . Verschiedenes

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Daniels begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung fest und eröffnet die Sitzung.

2. Anträge zur Tagesordnung

Es liegt ein Antrag von Herrn Rörden zur Gemeindeversammlung auf Erwerb von Waldflächen vor. Die Gemeindeversammlung beschließt einstimmig den Antrag unter TOP 14 „Grundstücksangelegenheiten“ zu behandeln.

3. Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung von Tagesordnungspunkten

Da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls sowie berechtigte Interessen Einzelner es erforderlich machen, werden die genannten Tagesordnungspunkte 11 bis 15 nichtöffentlich beraten.

4. Einwendungen gegen die Niederschrift über die 17. Sitzung (öffentlicher Teil)

Es gibt keine Einwendungen gegen Form und Inhalt der Niederschrift der 17. Sitzung. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

5. Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Daniels berichtet, dass Nachbargemeinden durch Umstellung Ihrer Straßenbeleuchtung auf LED die Stromkosten um 50% reduzieren konnten. Im kommenden Jahr müsse man überlegen, ob die Gemeinde Witsum Ihre 21 Straßenlaternen nicht ebenfalls umstellen sollten.

Bürgermeister Daniels gibt bekannt, dass er eine Rechnung über Planungskosten in Höhe von 1.184,05 € für Planungstätigkeiten durch Frau Langmaack von Herrn Kluge zwecks Begleichung ausgehändigt bekommen habe. Herr Kluge wäre in Vorleistung getreten und möchte nunmehr die Kosten erstattet bekommen.

Da Herr und Frau Kluge befangen sind verlassen diese den Raum und nehmen an der folgenden Diskussion nicht teil. Die Gemeindeversammlung diskutiert ausführlich darüber, ob die Rechnung durch die Gemeinde erstattet werden sollte, obwohl kein Auftrag hierfür durch die Gemeinde erteilt worden ist. Man ist der Meinung, Herr Kluge hätte wissen müssen, dass ein derartiger Auftrag Kosten verursacht und hätte diese vorab durch die Gemeindeversammlung genehmigen lassen müssen. Bürgermeister Daniels erklärt, dass man dem Ehepaar Kluge doch zumindest entgegen kommen könnte und zumindest eine Teilsumme erstatten könnte. Es liegen am Ende der Diskussion drei Vorschläge zur Abstimmung vor. Es sollen entweder 500€, 200€ erstattet werden oder keine Erstattung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Erstattung von 500€:	2 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen
Erstattung von 200€:	2 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen
Keine Erstattung:	3 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Damit erhält Herr Kluge keine Erstattung für seine entstandenen Kosten.
Herr und Frau Kluge nehmen wieder an der Sitzung teil.

6. 1. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Gemeinde Witsum Vorlage: Wit/000077

Aufgrund der Vereinfachung von Verwaltungsabläufen sollen Satzungen gemäß § 12 Abs. 1 der Hauptsatzung zukünftig wieder durch Aushang an der Bekanntmachungstafel, die sich am östlichen

Ortseingang auf der Grünfläche (nördlich der Kreisstraße 122), 25938 Witsum befindet, bekannt gemacht werden.

Auf der Homepage des Amtes Föhr-Amrum sollen unter der Rubrik „Ortsrecht und Satzungen“ auch weiterhin die aktuellen durchgeschriebenen Fassungen der jeweils gültigen Satzungen der Gemeinde Witsum vorgehalten werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte 1. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung der Gemeinde Witsum wird beschlossen.

**7. Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand - Optionsmöglichkeit bis 31. Dezember 2016
Vorlage: Wit/000075**

Herr Stammer berichtet an Hand der Vorlage.

Bisher kam die Umsatzbesteuerung bzw. Umsatzsteuerpflicht der juristischen Person des öffentlichen Rechts (jPöR) lediglich bei ertragsteuerlich relevanten Betrieben gewerblicher Art (BgA) wie z.Bsp. den Regiebetrieben/Eigenbetrieben in Frage. Die allgemeinen Tätigkeiten der Vermögensverwaltung oder des hoheitlichen Bereichs einer jPöR blieben außer Ansatz.

Mit der Neuregelung können nunmehr auch die Tätigkeiten der Vermögensverwaltung oder des hoheitlichen Bereichs der Umsatzbesteuerung unterliegen.

Die Neuregelung des § 2b UStG ist grundsätzlich zum 01. Januar 2016 in Kraft getreten und kommt zum 01. Januar 2017 zur Anwendung.

Es besteht jedoch eine Übergangsregelung für vor dem 01. Januar 2017 aufgeführte Leistungen, die entsprechend der bisherigen Rechtslage des § 2 Abs. 3 UStG zu behandeln sind. Die jPöR hat nach § 27 Abs. 22 UStG die Möglichkeit, die bisherige Rechtslage bis zum 31. Dezember 2020 weiterhin anzuwenden.

Diese Optionsmöglichkeit muss dem zuständigen Finanzamt jedoch bis zum 31. Dezember 2016 schriftlich durch die vertretungsberechtigte Person erklärt werden.

Diese Erklärung kann einmalig innerhalb der Übergangsfrist widerrufen werden. Auf dem des Widerrufs folgenden Jahres würde die Umsatzbesteuerung nach der Neuregelung des § 2 b UStG erfolgen.

(Hinweis: Eine Optionsteilung ist unzulässig. D.h. der Regiebetrieb kann nicht nach der Neuregelung und die allgemeinen Tätigkeiten der Vermögensverwaltung oder des hoheitlichen Bereiches einer jPöR nach der Altregelung besteuert werden oder umgekehrt.)

Aufgrund der Neuregelung des § 2b UStG sollte **nach ersten Erkenntnissen** folgendes Prüfschema für Umsatzsteuerrelevante Vorgänge Anwendung finden.

Unternehmer (steuerbar)	Nein ←	Öffentlich-rechtliche Grundlage		
		Ja ↓		
		Gleichartige Tätigkeit voraussichtlich unter 17.500 €/Jahr	Ja →	Kein Unternehmer (nicht steuerbar)
		Nein ↓		
		Tätigkeiten steuerbereit wären ohne Optionsrecht (§ 9UStG)	Ja →	Kein Unternehmer (nicht steuerbar)

		Nein ↓		
		Aufgrund gesetzlicher Bestimmungen	Ja →	Kein Unternehmer (nicht steuerbar)
		Nein ↓		
Unternehmer (steuerbar)	Nein ←	Langfristige Vereinbarung		
		Ja ↓		
Unternehmer (steuerbar)	Nein ←	Erhalt der öffentlichen Infrastruktur und der Wahrnehmung einer allen Beteiligten obliegenden öffentlichen Aufgabe dient		
		Ja ↓		
Unternehmer (steuerbar)	Nein ←	Gegen Kostenerstattung		
		Ja ↓		
Unternehmer (steuerbar)	Nein ←	Gleichartige Leistungen im wesentlichen an andere KdöR	Ja →	Kein Unternehmer (nicht steuerbar)

Aufgrund der Komplexität und der daraus resultierenden offenen Fragen und Probleme, die im Nachgang aufgeführt sind, sollte ein fachkundiger Berater/Steuerberater hinzugezogen werden.

- praktische Umsetzungs- und Abgrenzungsschwierigkeiten
- Umstellungsarbeiten, sehr arbeits- und personalintensiv
- Umgang mit bestehenden unkündbaren Verträgen
- zukünftige „laufende Bearbeitung“ erheblich arbeits- und personalintensiver
- Steuercheck: Untersuchung Eingangsumsätze wegen Kostensteigerung & Prüfung Ausgangsumsätze wegen zukünftiger Steuerpflicht, evtl. Steuervorteile (Vorsteuer)
- Vertragsinventur: Differenzierung öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Vertrag ; evtl. Vertragsanpassung

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Beschluss:

Aufgrund der vielen offenen Punkte, deren Überprüfung und Abarbeitung empfiehlt die Amtsverwaltung, die Optionsmöglichkeit der Umsatzbesteuerung nach der bis zum 31. Dezember 2015 geltenden Fassung schriftlich an das zuständige Finanzamt bis zum 31. Dezember 2016 zu erklären und anzuwenden.

8. Beratung und Beschlussfassung über den Erlass der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2017 der Gemeinde Witsum Vorlage: Wit/000076

Herr Stammer berichtet an Hand der Vorlage.

A: Ergebnisplan:

Der Haushaltsplan des Jahres 2017 schließt nach dem Verwaltungsentwurf im Ergebnishaushalt mit einem **Jahresgewinn in Höhe von +6.100 EUR (Vj. -9.700 EUR)** ab.

Hinweis zum Jahresergebnis 2015:

Das Jahresergebnis ist vorläufig. Das Ergebnis wird erst im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten

(Abschreibungen/Erträge SoPo) ausgewiesen.

Im Haushaltserlass des Innenministers vom September 2016 wurden uns nachfolgende Prognosen zum Wirtschaftswachstum und zur Entwicklung des Steueraufkommens mitgeteilt. Die Daten für die Steuereinnahmen beruhen auf dem Ergebnis der Steuerschätzung von Mai 2016.

Die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr (in Prozent) stellt sich wie folgt dar:

	2016	2017	2018	2019	2020
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	1.160 Mio. EUR	1.224 Mio. EUR	+5	+5	+5
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	126 Mio. EUR	157 Mio. EUR	-22	+3	+4
Sonderausgleich § 25 FAG	107 Mio. EUR	111,7 Mio. EUR	+4	+3	+3
Schlüsselzuweisungen (FAG Masse)	1.500,5 Mio. EUR	1.698,5 Mio. EUR	+1	+5	+4

Durch örtliche Gegebenheiten kann jedoch auch von anderslautenden Ergebnissen ausgegangen werden (z.B. Gewerbesteuerrückgang durch individuelle Vorhaben).

Die Gemeinden können nach der aktuellen Steuerschätzung zwar in den nächsten Jahren weiter mit moderat steigenden Steuereinnahmen rechnen, jedoch ist der **Haushaltskonsolidierungsdruck in den Kommunen ungebrochen**.

Die Summe der ausgewiesenen jährlichen Abschreibungsbeträge abzüglich der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten liegt gem. Gesamt-Ergebnisplan bei rd. 15.300 EURO. Bezogen auf das ausgewiesene Jahresergebnis werden demnach die Abschreibungen aus den Einnahmen des Gemeindehaushalts refinanziert bzw. erwirtschaftet.

Der Haushaltsplan des Jahres 2017 schließt nach dem Verwaltungsentwurf im Ergebnishaushalt im Vergleich zum Vorjahr um 15.800 EURO besser ab. Folgende erhebliche Veränderungen im Vorjahresvergleich sind zu benennen:

Sachkonto	2017 (in EUR)	Anmerkung
40120000 Grundsteuer B	+3.500	Anpassung an das Ergebnis 2016
40210000 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	+1.000	Ergibt sich aus dem Finanzausgleich 2017 (siehe vorstehende Tabelle)
40320000 Hundesteuer	+400	Hundsteuererhöhung
40340000 Zweitwohnungssteuer	+8.600	Anpassung an das Ergebnis 2016
41110000 Schlüsselzuweisungen	+5.300	Ergibt sich aus dem Finanzausgleich 2017 (siehe vorstehende Tabelle)
43611000 Kurabgabe	+8.900	Anhebung der Kurabgabe 2017
52210000 Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	+200	höhere geplante Kosten
53410000 Gewerbesteuerumlage	-200	Finanzausgleich Minderung
53721000 Kreisumlage	+800	Finanzausgleich
53722000 Amtsumlage	+900	Amtsumlage 49,05% höhere Finanzkraft als im Vorjahr
54520000 Erstattung von Aufwendungen von Dritten aus lfd. Verw. Tätigkeit Gemeinden	+8.100	Dienstleistungsentgelt FTG, Familienbad und Strandnutzung, Erhöhung durch Kostenbeteiligung
57110000 Abschreibungen auf imm. Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-5.200	Minderung

Ergänzende Hinweise:

Die Erträge (4er Konten) und Aufwendungen (5er Konten) des Ergebnishaushaltes orientieren sich zum größten Teil an den Ansätzen der Vorjahre, bzw. werden aufgrund der aktuellen Entwicklung, bzw. aufgrund der Mittelanmeldungen angepasst.

B: Finanzplan:

Die **Investitionen** sind im Detail im Investitionsplan bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von 2.500 EUR ausgewiesen.

Für 2017 werden Hausanschlüsse i.H.v. 2.500 EUR im Produkt 538130 (Kanalnetz (SW)) eingestellt. Die Kosten werden in gleicher Höhe erstattet.

Die **Liquidität** der Gemeinde beläuft sich **zum 16.11.2016 auf rd. 58.061 EUR.**

In dem Finanzplan (Zeile 42) ist eine **Änderung des Bestandes** an eigenen Finanzmitteln i.H.v. **+21.400 EUR** ausgewiesen.

Im Rahmen der Diskussion über die Verbesserung der Einnahmesituation machen die Mitglieder der Gemeindeversammlung deutlich, dass die Einführung einer Pferdesteuer aber erst angedacht werden sollte, wenn die Erhebung als rechtssicher gilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Beschluss:

Die Gemeindeversammlung beschließt nach Beratung des Planwerkes die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für 2017.

9. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2 für das Gebiet nördlich der Traumstraße sowie Heidsandschier hier: Antrag von Herrn Wolfgang Kluge vom 02.11.2016

Herr Kluge erläutert seinen Antrag und die Zielsetzung, welche mit der Aufstellung des Bebauungsplanes erreicht werden soll.

Bürgermeister Daniels bittet Herrn Schmidt vom Bau- und Planungsamt des Amtes Föhr-Amrum zu dem Antrag von Herrn Kluge Stellung zu nehmen.

Herr Schmidt bestätigt die Aussage, wonach kein Planungserfordernis für eine Außenbereichssatzung gegeben ist. Die Frage des Planungserfordernisses stellt sich auch bei der Bebauungsplanaufstellung aus den nachfolgenden Gründen:

Die Bestandssicherung ist gegeben über die vorhandenen Baugenehmigungen.

Beim Szenario des Unterganges eines Gebäudes durch ein Brandereignis, stellt sich die Frage, ob nicht im Rahmen des nachwirkenden Bestandschutzes das zerstörte Gebäude in der ursprünglichen Größe und Gestalt wieder errichtet werden kann. Ein durch Brand zerstörtes zulässigerweise

errichtetes Gebäude darf gem. § 35 Abs. 4 Nr. 3 BauGB alsbald gleichartig neu errichtet werden.

Energetische Verbesserungen des baulichen Bestandes sind im Rahmen dieses Bestandschutzes, in der Regel auch ohne neue Baugenehmigungen zulässig.

Bauliche Erweiterungen sind aus Sicht der individuellen Eigentümer vielleicht wünschenswert, aber vor dem Hintergrund der städtebaulichen Gesamtsituation durchaus kritisch zu sehen.

Dauerwohnraum für die einheimische Bevölkerung zu sichern oder zu schaffen, erscheint wenig aussichtsreich, weil unabhängig von den bestehenden Baugenehmigungen die Gebäude häufig als Ferienwohnungen oder Zweitwohnsitze genutzt werden. Bei Angebotspreisen zweier Häuser, die zur Zeit zum Verkauf stehen, von mehr als 1 Mio. ist kaum zu erwarten, dass diese Gebäude von einer einheimischen Familie zum Dauerwohnen erworben werden.

Das heißt, eine sinngemäße Festsetzung zum SO-Dauerwohnen (wenn sie denn überhaupt möglich wäre) liefe zwangsläufig in die Funktionslosigkeit, weil sich die Zielsetzung des Dauerwohnen vor dem oben beschriebenen Hintergrund nicht erreichen lassen wird.

Grundsätzlich ist die Umnutzung eines zulässigerweise errichteten Wohngebäudes im Außenbereich zu Ferienwohnungen genehmigungspflichtig aber in der Regel nicht genehmigungsfähig.

Nach den Ausführungen von Herrn Schmidt erscheint vor dem Hintergrund der bestehenden Situation die Zielsetzung, einen Bebauungsplan zu „Dauerwohnnutzung“ aufzustellen, nicht umsetzbar.

Herr Kluge zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

Verschiedenes

10.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Herr Stammer, Frau Strödel und Herr Schmidt verlassen die Sitzung.

Cornelius Daniels

Renate Gehrman